

# Deutschland-Check März 2012

---

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik  
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche

---

## Deutschland-Check März 2012

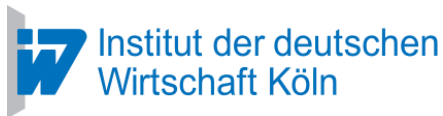
Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Checks sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter [www.deutschland-check.de](http://www.deutschland-check.de) online.

- S. 3 Das Barometer der Wirtschaft
  - Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung
- S. 9 Das Urteil der Ökonomen
  - Politikbewertung durch das IW Köln
- S. 17 Die Meinung der Arbeitgeber
  - Ergebnisse einer Befragung von Unternehmern durch die IW-Consult GmbH

# Das Barometer der Wirtschaft

## Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung



### Wirtschaftsentwicklung: Erholung in volatilem Umfeld

Nach einer langen Phase der monatlichen Abwärtskorrektur der Wachstumsprognosen 2012 für Deutschland durch Consensus Forecasts von rund 2 Prozent im Sommer letzten Jahres bis auf nur noch 0,5 Prozent im Januar 2012 zeichnete sich im Februar 2012 eine erste Bodenbildung ab. Im Durchschnitt der Institute kletterte der Prognosewert wieder leicht auf 0,6 Prozent. Nimmt man in den Blick, dass die deutsche Volkswirtschaft bereits mit einem positiven Überhang von 0,3 Prozentpunkten ins Jahr 2012 gestartet ist (selbst bei einer Stagnation im gesamten Jahresverlauf würde ein durchschnittliches Wachstum von 0,3 Prozent für 2012 erreicht), erkennt man leicht, dass uns 2012 alles andere als ein stürmisches Wachstumjahr bevorsteht. Hinzu kommt, dass die Prognosen der beteiligten Institute relativ weit streuen: Die Spannweite reicht von plus 1,7 bis minus 0,6 Prozent. Dies signalisiert die große Unsicherheit, mit der aktuelle Prognosen behaftet sind. Denn anders als noch in den guten Wachstumsjahren 2010 und 2011, als das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,7 bzw. 3,0 Prozent anstieg, gibt es aktuell eine ganze Reihe von Konjunkturrisiken, die zur Vorsicht mahnen. Die Auslandskonjunktur ist nicht mehr so stabil wie zuletzt. Asien bleibt zwar im Aufwind, aber für die großen Märkte vor der Haustür sieht es eher düster aus. Consensus Forecasts sieht die Eurozone 2012 insgesamt in einer Rezession, ihre reale Wirtschaftsleistung soll um 0,3 Prozent zurückgehen; vor allem in den südeuropäischen Ländern geht es konjunkturell abwärts – für die großen Länder Italien und Spanien wird ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 bzw. 1,3 Prozent erwartet. Für die deutsche Industrie sind die Länder Euroländer trotz aller Erfolge auf den asiatischen und osteuropäischen Märkten immer noch die wichtigsten Absatzmärkte für ihre Produkte. Euroland steht für nicht weniger als rund 40 Prozent unserer gesamten Exporte. Weitere Risiken kommen hinzu: Steigende Rohstoffpreise belasten die Kostenrechnungen der Unternehmen; eine Zuspitzung des Iran-Konflikts könnte insbesondere den Ölpreis weiter in die Höhe treiben. Alles andere als ausgestanden ist auch die Schuldenkrise in Europa. Die Banken schwimmen zwar bedingt durch die billige Bereitstellung von Geld durch die EZB im Geld, was sie wohl weitgehend vor Illiquidität schützt, müssen aber bis Mitte des Jahres ihre Eigenkapitalausstattung erhöhen. Es ist keineswegs sicher, dass alle Banken dies ohne eine Reduktion der Kreditvergabe schaffen. Für Deutschland lässt sich aufgrund der Daten und Unternehmensbefragungen bisher zwar keine Kreditklemme diagnostizieren, aber

Wachsamkeit ist geboten. Insgesamt ist das konjunkturelle Umfeld, in dem sich die Unternehmen bewegen, von Unsicherheit und damit mangelnder Planungssicherheit geprägt.

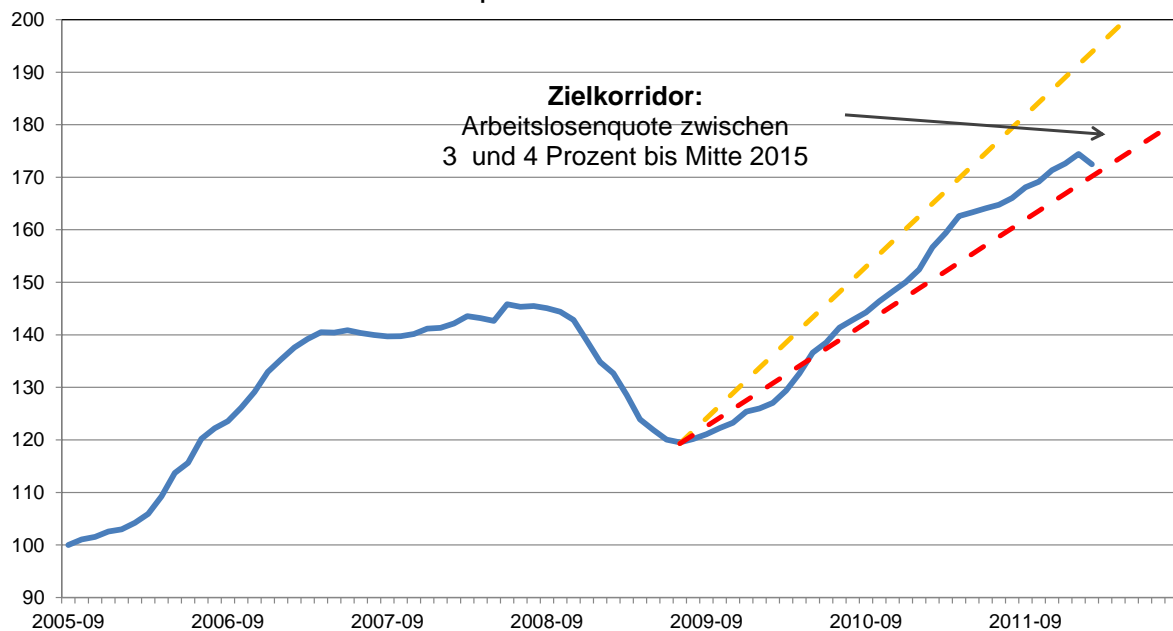
Die **Ergebnisse** im Einzelnen:

Der **Arbeitsmarktindex** sorgte im Februar für eine handfeste Überraschung. Die lange Zeit anhaltende Aufwärtstendenz setzte sich entgegen den Erwartungen nicht fort. Gleich beide Teilindikatoren schwächelten im Februar:

- Dass die nicht um Saisoneffekte bereinigte Zahl der Arbeitslosen im Wintermonat Februar ansteigt, ist alles andere als ungewöhnlich und konnte erwartet werden. Aber auch saisonbereinigt ging diesem Arbeitsmarktindikator im Februar etwas die Luft aus. Während in den drei Monaten zuvor die Zahl der Arbeitslosen um jeweils mehr als 20.000 gesunken war, verharrte im Februar die Zahl mit 2,866 Millionen auf dem Niveau vom Januar. Nun muss das nicht das Ende des erfolgreichen Abbaus der Arbeitslosigkeit bedeuten, denn auch im Oktober letzten Jahres war die Arbeitslosenzahl schon einmal angestiegen, ohne dass dadurch der Abbautrend gebrochen wurde. Mit Spannung darf man deshalb abwarten, welche Daten uns der Arbeitsmarkt im nächsten Monat zur Arbeitslosigkeit liefern wird.
- Beunruhigend, was die zukünftige Entwicklung am Arbeitsmarkt anlangt, stimmt allerdings die Tatsache, dass im Februar die Zahl der gemeldeten offenen Stellen zurückgegangen ist, und zwar gleich deutlich um 11.000 Stellen von 506.000 auf nur noch 495.000 (-2,2 Prozent). Zuvor war die Zahl der offenen Stellen 30 (!) Monate infolge gestiegen, der letzte Rückgang datiert auf den Juli 2009. Auch hier bleibt zunächst abzuwarten, ob dies nur eine vorübergehende Reaktion auf das eher schwache konjunkturelle Winterhalbjahr ist oder der stürmische Anstieg der Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen damit ein vorläufiges Ende gefunden hat.
- Insgesamt hat der Arbeitsmarktindex im Februar das wieder verloren, was er im Januar gewonnen hatte: Dem Plus von 1,1 Prozent im Januar folgte im Februar ein Minus von 1,1 Prozent. Auch dies ist das erste Minus seit Juli 2009, als der Arbeitsmarktindex sein tiefes Tal durchschritten hatte und zum stetigen Aufstieg ansetzte.
- Trotz des Knicks nach unten blieb der Arbeitsmarktindex im Februar im Vollbeschäftigungskorridor, aber die Ampel schaltete von grün auf gelb. Der Abstand zum unteren Trichterrand verringerte sich von stolzen 5,9 Punkten im Januar auf nur noch 2,3 Punkte. Ob in den nächsten Monaten wieder an den Erfolgen der letzten

Zeit angeknüpft werden und der Arbeitsmarktindex wieder voll auf den Vollbeschäftigungskurs zurückkehren kann, hängt von einer ganzen Reihe von Rahmenbedingungen ab: Die weltweite konjunkturelle Entwicklung und ihre Einflussfaktoren wie u.a. die Entwicklung der Rohstoffpreise spielt ebenso eine wichtige Rolle wie auch die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf den Weltmärkten. Die globale Konjunktorentwicklung können wir selber nicht beeinflussen, wohl aber die heimische Arbeitskostenentwicklung. Angesichts hoher Unsicherheiten und Volatilitäten ist Vorsicht und das Achten auf betriebliche Flexibilitätsspielräume das Gebot der Stunde.

## Arbeitsmarktindex September 2005 = 100



Anders als der Arbeitsmarktindex konnte der **Wachstumsindex** im Februar seinen Aufwärtstrend bestätigen. Zwei der drei Teilindikatoren konnten in diesem Monat zulegen, der dritte stagnierte:

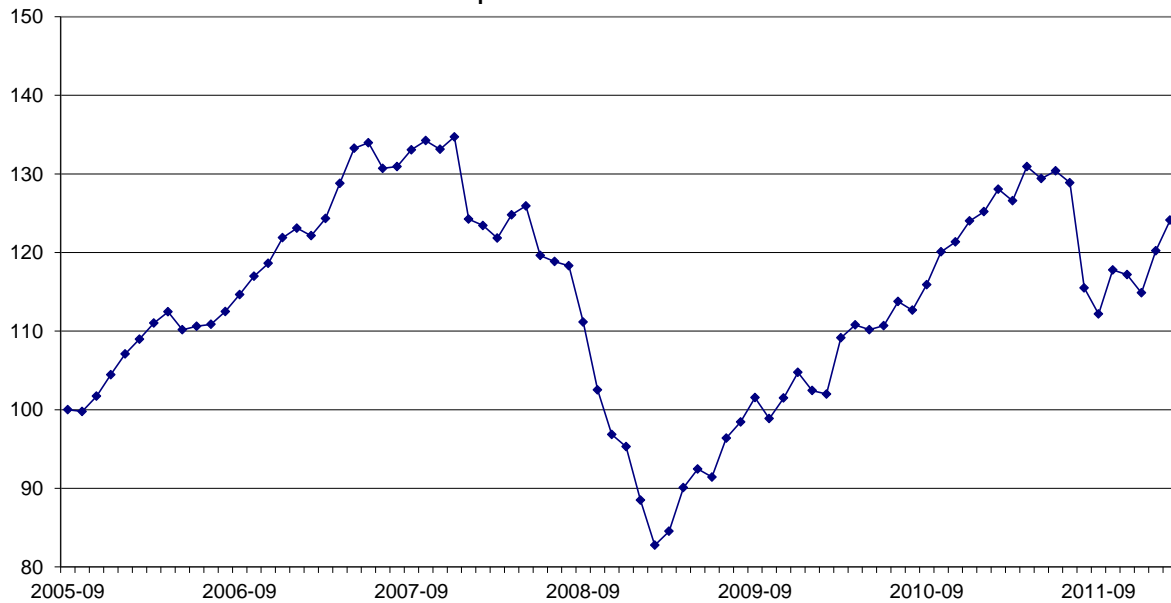
- Die reichliche Versorgung der Banken mit billigem Geld durch die EZB und die Fortschritte bei der Bewältigung der Griechenlandkrise haben den Finanzmärkten weiter Auftrieb gegeben. Der DAX-Performance-Index kletterte im Verlauf des Februars um beachtliche 6,2 Prozent auf 6.856 Punkte und steuert wieder auf die 7.000er Marke zu.
- Die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft meldeten dem Ifo-Institut im Februar eine gegenüber dem Vormonat verbesserte Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

(+1,0 Prozent). Der Rückgang im Januar konnte damit mehr als ausgeglichen werden. Im Einzelhandel und im Großhandel, den stärker binnenwirtschaftlich orientierten Bereichen, hat sich die Lage verbessert, während sie sich im verarbeitenden Gewerbe, das stark international ausgerichtet ist, etwas eingetrübt hat. Auch das Baugewerbe meldete eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Erfreulicherweise haben sich die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate in allen vier Bereichen aufgehellt. Dies passt zu der in den meisten Konjunkturprognosen erwarteten allmählichen Erholung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Verlaufe des Jahres 2012.

- Nach dem um Saison- und Kalendereinflüsse bereinigten Rückgang der Industrieproduktion im Dezember letzten Jahres konnte sie im Januar 2012 wieder etwas an Boden gewinnen (+1,0 Prozent). Den stärksten Zuwachs konnten im Januar mit einem Plus von 3,5 Prozent die Hersteller von Industriegütern erzielen, während die Konsumgüterproduzenten nur ein leichtes Plus (+0,1 Prozent) erreichen konnten und bei den Vorleistungsgütern sogar ein geringfügiger Rückgang der Produktion um 0,2 Prozent zu Buche stand. Das IW-Prognosemodell zeigt für Februar eine Stagnation der Industrieproduktion auf dem Vormonatsniveau an. Die schwache Entwicklung der industriellen Auftragseingänge am aktuellen Rand (-2,7 Prozent im Januar gegenüber dem Vormonat) dämpft die weiteren Produktionserwartungen.
- Insgesamt konnte der Wachstumsindex im Februar seinen Erholungskurs fortsetzen und nach einem Plus von 4,7 Prozent im Januar im Februar ein weiteres Plus von 3,2 Prozent erreichen. Von seinem Höchststand zu Jahresmitte 2011 ist er allerdings noch ein gutes Stück entfernt.

.....

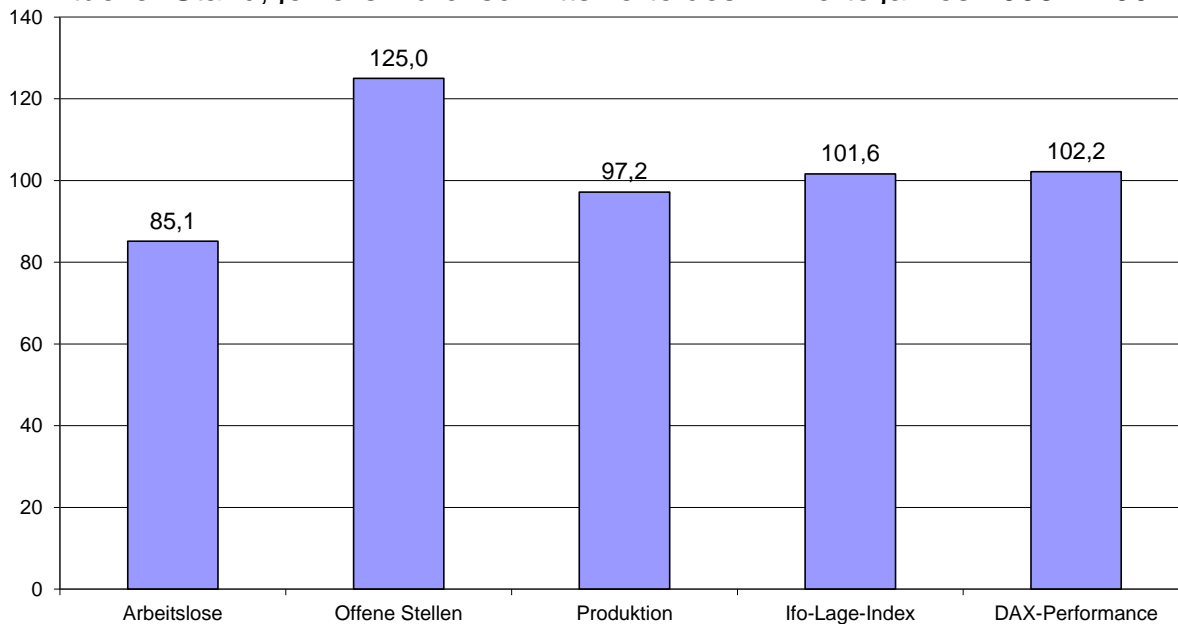
## Wachstumsindex September 2005 = 100



Zu den fünf **Einzelindikatoren**: Diesmal sind es nicht die Arbeitsmarktindikatoren, sondern die drei Teilindikatoren des Wachstumsindicators, die relative Positionsgewinne verzeichnen können. Der DAX-Performance-Index schaffte im Februar wieder den Sprung über das Vorkrisenniveau - wie schon zuvor der Ifo-Lage-Index. Die Industrieproduktion verpasste hingegen erneut, allerdings nur knapp, diese Zielmarke. Deutlich größer sind die Abstände bei den Indikatoren zum Arbeitsmarkt. Trotz des Rückgangs der Zahl der offenen Stellen liegt sie immer noch um 25 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Auch der Sicherheitsabstand bei der Arbeitslosigkeit ist immer noch beachtlich; im Februar lag die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit um rund 15 Prozent unter dem Niveau im 1. Vierteljahr 2008. Die Arbeitsmarktindikatoren sind somit auch im Februar die „Stars“ im Indikatorenset.

# Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

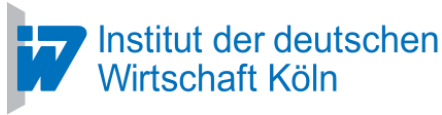
Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100





# Das Urteil der Ökonomen

## Politikbewertung durch das IW-Köln



### 1. Aktuelle Entwicklungen der Energiepolitik

BMWi & BMU: Ergebnispapier EU-Effizienzrichtlinie und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien, (23. Februar 2012)

#### ***Was ist geplant?***

Die Bundesregierung hat sich nach lang andauernden Divergenzen auf eine gemeinsame Positionierung zu aktuellen Fragen der Energiepolitik verständigt.

Mit dem Kompromiss zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium werden zwei unterschiedliche Fragestellungen aufgegriffen. Zum einen wird die Förderung der Photovoltaik nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz begrenzt, nachdem die Subventionen für Solarstrom auf 6,9 Milliarden Euro angestiegen sind – zusätzlich zum Wert des Stroms. Zum anderen wird die eine deutsche Position zu den Verhandlungen über die neue Energieeffizienzrichtlinie der Europäischen Union formuliert, mit der eine effizientere Nutzung von Energie befördert werden soll.

Mit der Neugestaltung der Solarförderung sind folgende wesentliche Veränderungen vorgesehen:

- In einem kurzfristigen Schritt werden die Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen zum 9. März um 20 bis knapp unter 30 Prozent gesenkt.
- Ab Mai 2012 werden die Vergütungssätze monatlich um 1,5 Prozent abgesenkt. Damit und mit strengeren sachlichen Anforderungen werden Anreize zum zeitlichen Vorziehen der Inbetriebnahme der Anlagen abgebaut.
- Für die Jahre 2012 und 2013 wird ein Kapazitätszubau um jährlich 3.500 MW angestrebt, danach jährlich weitere 400 MW. Im Rekordjahr 2011 sind 7.500 MW Leistung installiert worden.

- Die Vergütung wird auf bis zu 90 Prozent des erzeugten Stroms begrenzt. Darüber hinausgehende Mengen müssen verkauft oder selbst verbraucht werden.

Zur EU-Effizienzrichtlinie hat sich die Bundesregierung auf folgende Vorschläge verständigt:

- Die Mitgliedsstaaten sollen entscheiden können, ob sie absolute Energieminderungsziele anstreben oder eine Steigerung der Energieeffizienz als Ziel für den Zeitraum bis 2020 festlegen wollen.
- Zur Wahl steht den Staaten dabei eine Reduktion des Energieverbrauchs um 4,5 Prozent innerhalb von drei Jahren oder eine Steigerung der Energieeffizienz um 6,3 Prozent für dieselben Dreijahresperioden.
- Über die Maßnahmen sollen die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden.

### **Bewertung durch das IW Köln: 3 von 5 Sternen**

#### ***Begründung:***

Bis Anfang 2016 werden die Vergütungen gegenüber heute um die Hälfte bis auf zwei Drittel abgesenkt. Eine Kostenbremse durch die Kürzung der Subventionen für Neuanlagen ist dringend angebracht, um den Kostenanstieg in Grenzen zu halten. Aber auch die neuen Fördersätze führen nicht dazu, dass die Kosten für den Verbraucher wieder zurückgehen. Schließlich müssen für die bestehenden Anlagen noch für viele Jahre die alten hohen Vergütungssätze gezahlt werden. Immerhin kann aber ein Anstieg der Fördermenge begrenzt werden.

Nicht umgesetzt wurde jedoch eine weitergehende Beschränkung der Zubauemenge von Solarstrom. Die politischen Ziele wurden schon in der Vergangenheit erheblich übererfüllt. Eine feste Deckelung hätte zu einer Absicherung der Kostenbremse beigetragen. Dennoch ist die Reform insgesamt positiv zu bewerten.

Der Vorschlag zur Energieeffizienzrichtlinie stellt eine Verbesserung gegenüber den bisher geplanten festen und inflexiblen Vorgaben dar. Die festgesetzten Ziele sind jedoch ausgesprochen anspruchsvoll. Eine absolute Senkung des Energieverbrauchs um 4,5 Prozent in drei Jahren ist ohne wirtschaftliche Beschränkungen oder die massive

Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung nicht zu erreichen. Auch die Steigerung der Energieeffizienz um 6,3 Prozent in drei Jahren geht weit über das hinaus, was in den letzten Jahren erreicht werden konnte oder im Vergleich der Industrieländer als realistisch anzusehen ist. Zu erwarten ist, dass die angestrebten Ziele nicht erreicht oder mit unverhältnismäßigen Mitteln verfolgt werden sollen.

## **2. Referentenentwurf Pflege-Neuausrichtungsgesetz PNG**

Bundesregierung, 20. Januar 2012

### ***Was ist geplant?***

Nachdem die Bundesregierung bereits Ende November 2011 ihre Eckpunkte für eine Pflegereform vorgestellt hat, liegt nun der Referentenentwurf zu einem Pflege-Neuausrichtungsgesetz vor. Von zentraler Bedeutung ist die Ausweitung des ambulanten Betreuungsangebots auf die Pflege Demenzerkrankter. Mit der sogenannten Pflegestufe 0 wird eine zusätzliche Kategorie zu den bisherigen drei Stufen eingeführt, in der bis zu 50 Prozent der Pflegesachleistungen aus Pflegestufe I im Gegenwert von 225 Euro pro Monat beansprucht werden können. Auch in den Pflegestufen I und II werden Leistungen für Pflegebedürftige mit eingeschränkter Alltagskompetenz eingeführt beziehungsweise erhöht. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet zunächst mit etwa 500.000 zusätzlichen Pflegebedürftigen beziehungsweise leistungsberechtigten Angehörigen.

Neben dieser wichtigsten Veränderung des Leistungsrechts enthält das Gesetz zahlreiche Änderungen im Detail: Zukünftig sollen alle Pflegebedürftigen wählen können, ob sie standardisierte Leistungen in Anspruch nehmen oder mit den Pflegediensten Zeitkontingente vereinbaren, um die Leistungsanspruchnahme auf den individuellen Bedarf abstimmen zu können. Daneben werden selbstorganisierte Wohnformen und der Einsatz von Pflegekräften in Wohngruppen gefördert. Hinzu kommen diverse Einzelmaßnahmen zur Stärkung der Pflegebedürftigen (und ihrer Angehörigen) im Begutachtungsprozess, Maßnahmen zur Stärkung der Position pflegender Angehöriger (zum Beispiel Rehabilitationsansprüche oder bessere Anerkennung rentenrechtlicher Zeiten bei Mehrfachpflege) sowie Ansätze zur Verbesserung der medizinischen Versorgung Pflegebedürftiger in Heimen.

Die Kosten für die zusätzlichen Leistungsansprüche werden nach Angaben des BMG im Jahr 2013 bei rund 1,1 Mrd. Euro liegen und bis 2015 auf knapp 1,5 Mrd. Euro ansteigen. Zur Finanzierung dieser zusätzlichen Ansprüche (insbesondere zugunsten Demenzerkrankter) wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zum 1.1.2013 um 0,1 Prozentpunkte angehoben. Dies verschafft zusätzliche Beitragseinnahmen von 1,1 Mrd. Euro.

Wichtige Regelungserfordernisse spart das Gesetz explizit aus:

- Trotz des allgemeinen Konsenses über die Notwendigkeit, den Pflegebegriff angesichts eines veränderten Verständnisses von Bedürftigkeit neu zu definieren, und obwohl bereits Gutachten und Expertenvoten vorliegen, verweist der Gesetzgeber mit Blick auf technische Probleme die Beratung und Klärung abermals an einen Expertenbeirat im BMG. Eine konzeptionelle Neugliederung der Aufgaben der sozialen Pflegeversicherung wird damit vertagt. Gleichzeitig werden mit den zusätzlichen Ansprüchen für Demenzerkrankte bereits Fakten geschaffen.
- Des Weiteren verweist der Gesetzgeber angesichts des Teilkaskocharakters der sozialen Pflegeversicherung auf die Notwendigkeit einer ergänzenden privaten Eigenvorsorge. Sie soll aus Steuermitteln gefördert werden. Der Referentenentwurf liefert dazu aber keinen konkreten Vorschlag, zumal darüber bislang keine Einigung mit dem Finanzressort erzielt werden konnte.

**Bewertung durch das IW Köln: 1 von 5 Sternen**

***Begründung:***

**Versorgung von Demenzkranken über höhere Beitragssätze.** Der Gesetzesentwurf schließt eine scheinbar bestehende Versorgungslücke für Demenzerkrankte (vgl. D-Check November 2011). Tatsächlich wurde aber zumindest in der öffentlichen Debatte nicht thematisiert, dass die soziale Pflegeversicherung lediglich eine Teilabsicherung des Pflegebedürftigkeitsrisikos darstellt und es deshalb keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, mit dem Feststellen einer vermeintlichen Versorgungslücke automatisch einen neuen Leistungsanspruch innerhalb der gesetzlichen Sozialversicherung zu begründen. Es bestanden und bestehen vielmehr Alternativen zu einer einfachen Ausdehnung des Leistungskatalogs. Selbst wenn der Gesetzgeber es als unabdingbar erachtet, die Demenzerkrankten in die Versorgung einzubeziehen, so hätte dies auch aufwandsneutral erfolgen können – etwa im Tausch gegen andere Leistungsansprüche oder gegenfinanziert über Karenzzeiten bei der Gewährung von Pflegeleistungen. Somit wirft der Referentenentwurf einen scharfen Widerspruch auf zwischen dem expliziten Bekenntnis zum Teilsicherungscharakter der sozialen Pflegeversicherung auf der einen Seite und dem beachtlichen Katalog zusätzlicher Leistungsversprechen auf der anderen Seite.

Außerdem präjudiziert die Bundesregierung mit dem neuen Leistungsrecht die Ergebnisse bei der Neudefinition des Pflegebegriffs. Denn die Fakten, die mit den Ansprüchen

Demenzerkrankter geschaffen werden, dürften angesichts der politökonomischen Anreize kaum mehr zu revidieren sein. Diese Vorfestlegung hat dauerhafte Folgen für die Finanzierung: Die Einbeziehung einer zusätzlichen Gruppe von Leistungsbeziehern führt dazu, dass sich unter ansonsten unveränderten Bedingungen die mit dem demographischen Wandel drohende Verdoppelung der Zahl Pflegebedürftiger beschleunigt. Mehr noch wird auch der drohende Finanzierungsengpass früher eintreten und größer ausfallen als ohne Leistungsausweitung. So bleibt zu befürchten, dass es nicht bei der Erhöhung des Beitragssatzes um 0,1 Punkte zum 1.1.2013 bleibt, sondern dass sich die Notwendigkeiten zur Beitragssatzanpassung weiter verschärfen. Der vorliegende Gesetzesentwurf eskaliert das grundlegende Problem der intergenerativen Lastverschiebung statt es zu lösen.

**Freiwillige Zusatzvorsorge.** Die Frage der Regelung einer privaten, kapitalgedeckten Zusatzvorsorge spart der Referentenentwurf faktisch aus. Damit bleibt die Koalition weit hinter ihren eigenen Vereinbarungen zurück. Ursprünglich hatte Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag die Einführung einer obligatorischen privaten, kapitalgedeckten Zusatzvorsorge verabredet, die in ihrem Wortlaut von den Beobachtern im Sinne einer Absicherung auf dem privaten Versicherungsmarkt interpretiert wurde. Nachdem dann lange Zeit darüber diskutiert wurde, ob ein zusätzliches kapitalgedecktes Obligatorium nicht doch unter dem Dach der sozialen Pflegeversicherung zu organisieren sei, ist jetzt nur noch die Rede von einer freiwilligen Zusatzvorsorge. Die ist allerdings bereits heute möglich. Folglich geht es nur noch darum, ob es einer Förderung über Zulagen oder über eine Anrechenbarkeit der Prämien im Rahmen der Vorsorgeaufwendungen bedarf. Freilich wird selbst diese Debatte bislang ohne explizite Zustimmung des Finanzministeriums diskutiert, so dass selbst die Einführung von Anreizen für die private Vorsorge fraglich bleibt.

Damit setzt die Bundesregierung das falsche Signal; wertvolle Zeit verstreicht, die für die in Fachkreisen unbestritten notwendige kapitalgedeckte Ergänzung genutzt werden sollte. Am Ende werden die Kosten dieses Versäumnisses entweder von den Beitragszahlern oder/und von den pflegebedürftigen Leistungsempfängern zu tragen sein. Dabei kommt es gar nicht so sehr darauf an, ob eine private Vorsorge gefördert wird oder nicht. Vielmehr müsste die Politik glaubhaft signalisieren, dass die Erwartungen an eine umfassende Absicherung im Pflegefall nicht ohne ergänzende kapitalgedeckte Vorsorge zu erfüllen sind. Die bisherigen Bemühungen um eine Pflegereform bewirken aber das genaue Gegenteil: Ausweitungen im Leistungskatalog suggerieren, dass es rational sei, auf eine ergänzende Eigenvorsorge zu verzichten und stattdessen auf die helfende Hand des Staates zu vertrauen. Dieses Signal wirkt fatal, verschleiert es doch den Umstand, dass der finanzielle Spielraum zur gesetzlichen Absicherung des Pflegerisikos mit dem demographischen Wandel immer enger wird. Dass immerhin die Pflegesituation von Demenzerkrankten und deren Angehörigen verbessert wird, wiegt die schweren konzeptionellen Fehler nicht auf.

### **3. Zwölf Punkte zur weiteren Modernisierung und Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts**

Positionspapier der Bundesregierung vom Februar 2012

#### ***Was ist geplant?***

- Die Bundesregierung möchte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmensbesteuerung verbessern. Zu diesem Zweck soll der Umfang der Bürokratie abgebaut werden und dort, wo es sinnvoll ist, das deutsche Steuerrecht an internationale Standards angepasst werden. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung einen zwölf Punkte Plan vorgelegt, der eine Vielzahl von steuerliche Aspekten aufgreift.
- Die angedachten Änderungen reichen von der Besteuerung verbundener Unternehmen über die nationale und internationale Verlustverrechnung bis hin zur Abrechnung von Reisekosten und Verpflegungsaufwendungen für Mitarbeiter. Dabei befinden sich die Überlegungen noch in einem frühen Stadium, so dass noch weitere Konkretisierungen für eine endgültige Bewertung erforderlich sind. Dadurch sind auch insbesondere die genauen fiskalischen Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen noch völlig unklar. Insgesamt wird von einem Entlastungsvolumen in Höhe von rund 2 Milliarden Euro ausgegangen. Trotzdem soll hier eine erste Einschätzung erfolgen.

***Bewertung durch das IW Köln:*** Aufgrund des frühen Stadiums der Planungen, die vorwiegend noch Diskussionsansätze sind, und der Heterogenität des Maßnahmenpakets ist eine abschließende und einheitliche Bewertung nicht möglich. Da keine Gesamtbewertung erfolgt, werden die wichtigsten Einzelmaßnahmen kurz erläutert und die sich abzeichnenden Tendenzen aufgezeigt.

**Einführung eine Gruppenbesteuerung:** Die heutige Regelung der Organschaft zwingt verbundene Unternehmen zu einem Ergebnisabführungsvertrag, wenn sie Gewinne und Verluste miteinander verrechnen wollen. Dies ist international unüblich. Eine Neuregelung ist richtig und in der Tendenz zu begrüßen. Allerdings ist noch offen, wie das neue Recht konkret ausgestaltet werden soll. Das von der Bundesregierung angesprochene skandinavische Gruppenbeitragsmodell birgt die Gefahr von Verschärfungen. Eine ergebnisoffene Diskussion der vorliegenden Alternativmodelle, u.a. aus Hessen, unter

Beteiligung der Wirtschaft ist notwendig. Da ein Systemwechsel mehrere Jahre erfordert, bedarf es zusätzlicher Sofortmaßnahmen, z.B. eines Muster-Ergebnisabführungsvertrages zur Herstellung von Rechtssicherheit.

**Anhebung des Höchstbetrages beim Verlustrücktrag auf 1 Million Euro:** Von dieser Regelung profitiert vor allem der Mittelstand. Sie ist zu begrüßen.

**Gesetzliche Regelung zur Berücksichtigung finaler ausländischer Betriebsstättenverluste:** Hier ist eine grundsätzliche Regelung durch den Gesetzgeber dringend notwendig, weil überfällig. Die dadurch geschaffene Rechtssicherheit ist wichtig und begrüßenswert. Die von der Bundesregierung angestrebte missbrauchsbeschränkende grenzüberschreitende Verlustverrechnung ist ebenfalls sinnvoll.

**Dividendenbesteuerung bei hybriden Finanzierungen:** Hybride Finanzierungen bedeuten, dass Kapital in einem Land als Fremd- und in einem anderen Land als Eigenkapital angesehen wird. Dadurch darf der Kapitaldienst in einem Land als Betriebsausgabe abgezogen werden und wird in dem anderen Land oftmals als Dividende ermäßigt besteuert. Dieses Problem kann durch die Vorschriften in Doppelbesteuerungsabkommen entstehen und sollte dementsprechend auch dort gelöst werden. Der Ansatz der Bundesregierung stellt weder eine Vereinfachung noch eine Modernisierung dar.

**Qualifizierung von Sondervergütungen an ausländische Mitunternehmer von Personengesellschaften als Unternehmensgewinn:** Wie die Sondervergütungen einzustufen sind, wird in Doppelbesteuerungsabkommen definiert. Deshalb sollten die dort festgehaltenen Regelungen überarbeitet werden. Eine einseitige Initiative des deutschen Gesetzgebers bringt keine Verbesserung der Situation.

**Vereinfachung des steuerlichen Reisekostenrechts:** Der Begriff der „regelmäßigen Arbeitsstätte“ ist streitanfällig. Eine Änderung der Begrifflichkeiten auf eine neue Systematik kann eine Verbesserung bedeuten, hängt aber vom Detail ab. Gegenwärtig ist noch unklar, ob dies erreicht werden kann oder ob es möglicherweise sogar zu rechtlichen Verschärfungen kommt.

**Vereinfachung bei Verpflegungsmehraufwendungen und Unterkunftskosten bei Dienstreisen:** Hier gilt grundsätzlich das bei den Reisekosten gesagte.

**Vereinfachung des Verlustabzugs bei beschränkter Haftung nach §15a Einkommensteuergesetz, d.h. bei Kommanditisten:** Geplant ist die Umstellung der

Verlustverrechnungsbeschränkung auf das steuerliche Kapitalkonto. Dies kann evtl. dazu führen, dass der Kommanditist mit seiner vollen Einlage haftet, ohne diese Verluste steuerlich geltend machen zu können. Die weitere Entwicklung muss geprüft werden.

**Beschränkung des fremdfinanzierten Beteiligungserwerbs (Leveraged Buyout LBO):**

In der Vergangenheit gab es Fälle, bei denen Erwerber von Unternehmen den Kaufpreis für das Unternehmen mit Hilfe eines Kredites bezahlt haben und dieses Fremdkapital dann auf das gekaufte Unternehmen übertragen haben. Damit hat das erworbene Unternehmen seinen eigenen Kaufpreis finanziert. Dies soll dadurch verhindert werden, dass künftig die damit verbundenen Zinsausgaben nicht mehr steuerlich abgesetzt werden dürfen. Die bekannt gewordenen Extrembeispiele haben ein Negativimage entstehen lassen. Nicht jeder mit Fremdkapital finanzierte Erwerb einer Beteiligung muss zu einer überhöhten Fremdkapitalquote des erworbenen Unternehmens führen. Es sollte auch künftig möglich sein, mit Hilfe von Fremdkapital Unternehmensanteile zu erwerben. Außerdem schränkt bereits heute die Zinsschranke die steuerliche Abziehbarkeit von Zinsausgaben ganz allgemein ein. Es ist daher zweifelhaft, ob die Neuregelungen zu echten Verbesserungen führen.

**Grenzüberschreitende Entstrickungsvorgänge mit den steuerlichen Folgen aus dem „National Grid Indus“ Urteil des EuGH:** keine Bewertung.

**Weitere Beschränkung der Wertpapierleihe:** Die Relevanz ist nicht nachprüfbar - keine Bewertung.

**Monetarisierung von Verlusten:** Bei der Verschmelzung einer Verlustgesellschaft auf eine Gewinngesellschaft geht der steuerliche Verlustvortrag der Verlustgesellschaft unter, im umgekehrten Fall aber nicht. Deshalb soll zur Sicherung des Steueraufkommens künftig der Verlustvortrag auch dann untergehen, wenn die Gewinngesellschaft auf die Verlustgesellschaft verschmolzen wird. Diese Neuregelung kann aber dazu führen, dass wichtige Umstrukturierungen von Unternehmen unterbleiben, damit die Verlustvorträge nicht verloren gehen. Deshalb ist eine Ausnahmeregelung für reguläre Konzernumstrukturierungen erforderlich.



# Die Meinung der Arbeitgeber

## Ergebnisse einer Befragung Unternehmensbefragung durch die IW-Consult GmbH



### Der Hintergrund

Die Euro-Krise stellt die europäische Union vor eine harte Bewährungsprobe. Besonders kritisch gestaltet sich die Finanzlage in Griechenland. Weiterhin zählen Länder wie Irland, Portugal, Italien und Spanien aufgrund ihrer hohen Schuldenquoten zu den Krisenstaaten. In den vergangenen Monaten gab es zahlreiche europäische Krisengipfel, auf denen Lösungen zur Stabilisierung des Euro-Raums erarbeitet wurden. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, der im Juli 2012 in Kraft treten wird. Dieser soll den bisherigen „Euro-Schutzschirm“, der bis Mitte 2013 befristet ist, ablösen. Der ESM soll mit verschiedenen Maßnahmen (Kreditvergabe an betroffene Länder, Primärmarkt- und Sekundärmarktinterventionen, vorsorgliche Hilfsmaßnahmen und Darlehen zur Rekapitalisierung von Banken) dauerhaft für Stabilität im Euro-Raum sorgen. Die Eurostaaten setzen dabei auf strengere Regeln für mehr Haushaltsdisziplin und die Durchführung von Wirtschaftsreformen. Der ESM-Vertrag wird mit einem Fiskalvertrag verknüpft, der am 2. März von den Staats- und Regierungschefs der Euroländer und weiterer acht EU-Staaten unterzeichnet wurde. Darin verpflichten sie sich, nationale Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild einzuführen. Künftig können nur noch diejenigen Länder Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen, die den Pakt ratifiziert haben.

Mit Hilfe des vorliegenden IW-Unternehmervotums soll untersucht werden, inwiefern Unternehmen von der Euro-Krise betroffen sind. Dabei stellt sich u. a. die Frage, ob die Planungen der Unternehmen durch die Entwicklungen im Euro-Raum eingeschränkt werden. Die Euro-Krise war im Sommer 2011 bereits Thema eines Unternehmervotums. Vor diesem Hintergrund kann die grundsätzliche Betroffenheit der Unternehmen zu beiden Zeitpunkten verglichen werden.

## **Die Befragung**

Für das aktuelle IW-Unternehmervotum wurden Ende Februar/Anfang März 2012 insgesamt 849 Vertreter von Unternehmen aus Deutschland befragt. Im Einzelnen wurden die folgenden Fragen gestellt:

- „Wie wirkt sich die Euro-Krise bislang auf Ihr Unternehmen aus?“
- „Rechnen Sie damit, dass sich die Folgen der Euro-Krise für Ihr Unternehmen bis zum Jahresende verschärfen werden?“
- „Werden die Planungen in Ihrem Unternehmen durch die Euro-Krise erschwert?“
- „Glauben Sie, dass durch die eingeleiteten politischen Maßnahmen die Euro-Zone stabilisiert werden kann?“

Auf Basis der Fragen und Anmerkungen lässt sich – dem Ziel des IW-Unternehmervotums entsprechend – ein Stimmungsbild erheben, ohne die Befragten zeitlich zu stark zu beanspruchen. Eine tiefergehende Beschäftigung mit den angesprochenen Aspekten erfordert naturgemäß eine differenzierte Betrachtung, bei der auch Merkmale der individuellen Unternehmenssituationen zu beachten wären. Die Ergebnisse

## **Mehr Unternehmen im Vergleich zum Sommer 2011 eher negativ von Euro-Krise betroffen**

Zunächst sind die Geschäftsführer gefragt worden, wie sich die Euro-Krise bislang auf ihr Unternehmen auswirkt. Hierzu haben sich die Unternehmen bereits in einem früheren Unternehmervotum, das Ende Juli/Anfang August 2011 durchgeführt wurde, geäußert. In der Zwischenzeit gab es fast täglich neue Meldungen zur Euro-Krise. An dieser Stelle ist es interessant zu betrachten, welche Auswirkungen die Entwicklungen im Euro-Raum seit dem letzten Sommer auf die Betroffenheit der Unternehmen haben. In Tabelle 1 ist zu erkennen, dass die Unternehmen im Vergleich zum Sommer letzten Jahres nun deutlich häufiger angeben, dass sie eher negativ von der Schuldenkrise betroffen sind:

- Im Sommer 2011 hat sich die Krise im Euro-Raum bei rund vier von fünf Unternehmen noch gar nicht bemerkbar gemacht. Demgegenüber geben nun mit einem Anteil von gut drei Fünfteln deutlich weniger Unternehmen an, dass die Euro-Krise bislang bei ihnen noch gar nicht spürbar ist.
- Auch wenn die Entwicklungen im Euro-Raum nun deutlich häufiger in den Unternehmen spürbar sind als im letzten Sommer, sind bislang immer noch weniger als drei von zehn Unternehmen negativ von der Euro-Krise betroffen: Knapp 27 Prozent der Befragten spüren bislang eher negative Auswirkungen. Nur sehr wenige Geschäftsführer (2 Prozent) beklagen sehr negative Folgen der

Stabilitätskrise für ihr Unternehmen. Dieser Anteil ist im Vergleich zur Sommerbefragung (4 Prozent) sogar gesunken.

- Wie bereits im Sommer letzten Jahres verzeichnen die Unternehmen nur selten (4 Prozent) positive Effekte der aktuellen Entwicklungen im Euro-Raum. Sehr positive Auswirkungen haben sich bislang in kaum einem Unternehmen bemerkbar gemacht.

**Tabelle 1: Euro-Krise im Vergleich zum letzten Sommer bereits häufiger in den Unternehmen spürbar**

„Wie wirkt sich die Euro-Krise bislang auf Ihr Unternehmen aus?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Aktuell	Sommer 2011*
Bisher gar nicht	62,0	78,7
Sehr negativ	1,8	4,4
Eher negativ	26,7	8,3
Eher positiv	3,5	4,3
Sehr positiv	0,6	0,0
Weiß nicht	5,5	4,3
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Febr./März 2012, 849 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste; \*IW-Unternehmervotum, Juli/August 2011 (N=753)

### Großunternehmen sind häufiger von der Schuldenkrise betroffen

Unterschiede in den Antworten der Unternehmen zeigen sich insbesondere in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße (Tabelle 2):

- Gut zwei von fünf großen Unternehmen (Mindestumsatz: 50 Millionen Euro) haben bislang negative Auswirkungen der Euro-Krise zu spüren bekommen. Dagegen hat sich die europäische Staatsschuldenkrise nur bei jedem vierten mittleren Unternehmen (1 bis unter 50 Millionen Euro Umsatz) negativ bemerkbar gemacht. Auf die kleinen Unternehmen (unter 1 Million Euro Umsatz) trifft dies mit einem Anteil von 29 Prozent im Vergleich zu den mittleren Unternehmen etwas häufiger zu.
- In allen Größenklassen geben nur wenige Unternehmen an, dass sie bereits sehr negativ von der Euro-Krise betroffen sind.

- Ungefähr die Hälfte der Großunternehmen hat bisher nichts von der Euro-Krise zu spüren bekommen. Demgegenüber sind mehr als sechs von zehn kleinen und mittleren Unternehmen bislang ganz von der europäischen Stabilitätskrise verschont worden.
- Im Branchenvergleich zeigen sich nur geringe Unterschiede: Bei Dienstleistern macht sich die Euro-Krise etwas häufiger (63 Prozent) als bei Industrieunternehmen (60 Prozent) bisher noch nicht bemerkbar.

**Tabelle 2: Deutliche Auswirkungen der Euro-Krise nur selten in den Unternehmen spürbar**

„Wie wirkt sich die Euro-Krise bislang auf Ihr Unternehmen aus?“  
Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Bisher gar nicht	59,7	62,5	61,7	64,6	52,5	62,0
Sehr negativ	2,8	1,5	1,7	1,9	3,3	1,8
Eher negativ	27,1	26,6	27,1	23,2	39,0	26,7
Eher positiv	3,0	3,6	3,0	6,6	3,1	3,5
Sehr positiv	0,0	0,8	0,6	0,6	0,0	0,6
Weiß nicht	7,4	5,1	5,9	2,9	2,0	5,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Febr./März 2012, 849 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

### **Drastische Folgen der Euro-Krise bis zum Jahresende nur selten erwartet**

Bisher hat die Euro-Krise für die Mehrheit der Unternehmen (62 Prozent) keine Folgen gehabt. Sehr ungünstig hat sich die europäische Staatsschuldenkrise bislang nur auf einzelne Unternehmen (2 Prozent) ausgewirkt, wie die Antworten zur ersten Frage zeigen. Zudem rechnen nur sehr wenige Unternehmen damit, dass sich die Folgen der Euro-Krise für sie bis zum Jahresende drastisch verschärfen werden. Ungefähr die Hälfte der Befragten, die sich eine Prognose bis zum Jahresende zutrauen, glaubt allerdings, dass sich die Lage für ihr Unternehmen aufgrund der Euro-Krise etwas verschlechtern könnte (Tabelle 3):

- Lediglich drei Prozent der Unternehmen gehen von einer deutlichen Verschlimmerung aus.
- Knapp zwei Fünftel der Befragten prognostizieren jedoch, dass sich die Folgen der Euro-Krise für ihr Unternehmen bis zum Jahresende etwas verschärfen könnten.
- Ungefähr jeder dritte befragte Geschäftsführer gibt an, dass sich die Auswirkungen der europäischen Stabilitätskrise vermutlich in den kommenden 10 Monaten für sein Unternehmen nicht verschlimmern werden. Eine kombinierte Betrachtung der ersten beiden Fragen zeigt, dass es sich hierbei überwiegend um Unternehmen handelt, die bislang noch gar nicht von der Euro-Krise betroffen gewesen sind.
- Nur wenige Unternehmen erwarten, dass sich bei ihnen die Folgen der Euro-Krise etwas abmildern (4 Prozent) oder sehr stark abmildern (1 Prozent) werden.
- Fast ein Fünftel der Befragten kann keine Vorhersage bis zum Jahresende vornehmen und antwortet daher mit „Weiß nicht“.

**Tabelle 3: Keine Angst vor drastischer Verschlechterung der Lage**

„Rechnen Sie damit, dass sich die Folgen der Euro-Krise für Ihr Unternehmen bis zum Jahresende verschärfen werden?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Sehr stark verschärfen	5,0	2,8	3,5	1,5	1,1	3,2
Etwas verschärfen	35,9	40,0	37,8	48,9	51,9	39,2
Gar nicht verschärfen	33,0	34,0	34,0	32,7	32,2	33,8
Etwas abmildern	3,1	4,5	4,3	3,5	7,0	4,2
Sehr stark abmildern	0,1	1,5	1,3	1,1	0,0	1,3
Weiß nicht	23,0	17,2	19,1	12,3	7,7	18,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Febr./März 2012, 849 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Im Vergleich nach Unternehmensgröße zeigt sich, dass große und mittlere Unternehmen häufiger als kleine Unternehmen mit weniger als einer Million Euro Umsatz davon ausgehen, dass sich die Folgen der Währungskrise bis Ende Dezember tendenziell verschärfen

könnten. Im Branchenvergleich sind hingegen keine deutlichen Unterschiede erkennbar (Tabelle 3):

- Ungefähr die Hälfte der mittleren und großen Unternehmen rechnet damit, dass sich die negativen Auswirkungen der Euro-Krise bis zum Ende des Jahres für ihr Unternehmen etwas verstärken könnten. Bei den kleinen Unternehmen sind es hingegen nur knapp zwei Fünftel der Befragten.
- In allen Größenklassen befürchten nur wenige Unternehmen bis zum Jahresende eine sehr starke Zuspitzung der eigenen Krisenbetroffenheit. Im Vergleich zu mittleren (2 Prozent) und großen Unternehmen (1 Prozent), sehen kleine Unternehmen etwas häufiger (4 Prozent) sehr skeptisch in die Zukunft.
- Je kleiner die Unternehmen sind, desto häufiger trauen sie sich keine Prognose bis zum Jahresende zu. Während fast jedes fünfte Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu einer Million Euro mit „Weiß nicht“ antwortet, trifft dies nur auf jedes dreizehnte Großunternehmen mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz zu.
- Die Einschätzungen von Unternehmen aus der Industrie und den Dienstleistungen fallen insgesamt ähnlich aus. Industrieunternehmen glauben etwas häufiger (5 Prozent) als Dienstleister (3 Prozent), dass sich die Folgen der Währungskrise in ihrem Haus bis zum Jahresende sehr stark zuspitzen könnten.

### **Euro-Krise erschwert teilweise die Planungen in den Unternehmen**

Die Unternehmen sind gefragt worden, ob ihre Planungen durch die Euro-Krise erschwert werden. Dabei sind drei verschiedene Planungshorizonte betrachtet worden: Bis zur Jahresmitte, bis zum Jahresende und über das Jahr 2012 hinaus. Je länger der betrachtete Zeitraum ist, desto häufiger sehen die Unternehmen ihre Planungsaktivitäten durch die Euro-Krise beeinträchtigt. Die Mehrheit der Unternehmen sieht hier allerdings keine Behinderung durch die Instabilität im Euro-Raum. Auch hinsichtlich der längerfristigen Planungen gibt deutlich weniger als die Hälfte der Befragten an, dass diese durch die Stabilitätskrise erschwert (12 Prozent) oder eher erschwert (17 Prozent) werden (Tabelle 4):

- Für einen Großteil der Unternehmen wirkt sich die Euro-Krise eher nicht (31 Prozent) oder nicht (47 Prozent) auf die Planungen bis zur Jahresmitte aus. Lediglich sieben Prozent der Unternehmen geben mit einem „Ja“ eindeutig an, dass es ihnen wegen der Entwicklungen im Euro-Raum schwerer fällt zu planen. Hinzu kommen zwölf Prozent der Unternehmen, die eher eine Beeinträchtigung ihrer kurzfristigen Planungsaktivitäten bis zur Mitte des Jahres sehen.
- Die Euro-Krise hat bei ungefähr zwei Dritteln der Unternehmen auch auf die Planungen bis zum Jahresende eher keine (26 Prozent) oder keine (42 Prozent) störenden Auswirkungen. Knapp drei von zehn Befragten geben an, dass es für ihr

Unternehmen wegen der Euro-Krise schwieriger ist, bis zum Ende des Jahres zu planen („Ja“: 8 Prozent; „Eher ja“: 20 Prozent).

- Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen ist der Ansicht, dass ihre längerfristigen Planungen eher nicht (19 Prozent) oder nicht (36 Prozent) durch die europäische Währungskrise behindert werden. Rund drei Zehntel der Unternehmen sehen hier hingegen zumindest eher ein Hemmnis. Gut zwölf Prozent der Befragten antworten diesbezüglich mit einem klaren „Ja“, weitere 17 Prozent mit einem „Eher ja“. Einem nennenswerten Anteil von 15 Prozent der Unternehmen fällt es schwer, eine Einschätzung für die längerfristigen Planungen, die über das Jahr 2012 hinausgehen, abzugeben und antwortet daher mit „Weiß nicht“.

**Tabelle 4: Krise erschwert insbesondere in größeren Unternehmen die Planungen**

„Werden die Planungen in Ihrem Unternehmen durch die Euro-Krise erschwert?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
<b>Kurzfristige Planungen (bis zur Mitte des Jahres)</b>						
Ja	3,1	7,4	6,7	5,8	6,0	6,6
Eher ja	12,9	11,8	11,7	13,9	19,9	12,0
Eher nein	32,6	30,6	30,1	37,1	33,6	30,9
Nein	46,9	46,8	47,4	42,6	38,7	46,8
Weiß nicht	4,5	3,5	4,1	0,5	1,8	3,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>Planungen bis zum Jahresende</b>						
Ja	7,3	7,6	7,6	6,9	11,7	7,5
Eher ja	17,0	20,8	19,2	26,6	24,7	20,1
Eher nein	28,3	24,9	24,7	31,4	31,7	25,5
Nein	42,7	41,7	43,1	33,5	29,2	41,9
Weiß nicht	4,7	5,0	5,4	1,6	2,8	5,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>Längerfristige Planungen, die über das Jahr 2012 hinausgehen</b>						
Ja	13,8	12,0	11,7	16,5	23,4	12,3
Eher ja	20,6	16,2	15,6	27,3	29,6	17,0
Eher nein	20,9	19,0	18,8	23,3	20,7	19,4
Nein	29,1	37,5	37,4	25,5	22,2	35,9
Weiß nicht	15,6	15,3	16,5	7,4	4,0	15,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Febr./März 2012, 849 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste



## **Euro-Krise beeinträchtigt längerfristige Planungen bei gut der Hälfte der Großunternehmen**

Je größer die Unternehmen sind, desto häufiger geben sie an, dass ihre Planungen durch die Schuldenkrise in Europa beeinträchtigt werden. Dies trifft auf alle drei betrachteten Zeiträume zu (Tabelle 4).

- Deutliche Unterschiede in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße sind insbesondere bei den längerfristigen Planungen zu erkennen. Weniger als drei von zehn kleinen Unternehmen fällt es wegen der Euro-Krise schwerer (12 Prozent) oder eher schwerer (16 Prozent), über das Jahr 2012 hinaus zu planen. Bei den mittleren Unternehmen trifft dies auf über zwei Fünftel der Befragten zu („Ja“: 17 Prozent; „Eher ja“: 27 Prozent). Bei den großen Unternehmen beklagt mehr als die Hälfte der befragten Geschäftsführer, dass die längerfristigen Planungen durch die Währungskrise erschwert (23 Prozent) oder eher erschwert (30 Prozent) werden.
- Die kleinen Unternehmen können im Vergleich zu den mittleren und großen Unternehmen zur Beeinträchtigung der längerfristigen Planungen deutlich häufiger kein Urteil vornehmen. Jedes sechste kleine Unternehmen antwortet mit „Weiß nicht“. Bei den Großunternehmen trifft dies lediglich auf vier Prozent der Befragten zu.

Im Branchenvergleich zeigt sich in Abhängigkeit vom betrachteten Planungshorizont ein gemischtes Bild: Industrieunternehmen sehen etwas häufiger als Dienstleister negative Auswirkungen der Euro-Krise auf ihre längerfristigen Planungen. Bei Planungen bis zur Mitte und bis zum Ende des Jahres registrieren dagegen Dienstleister etwas häufiger als Unternehmen der Industrie Erschwernisse durch die europäische Stabilitätskrise.

### **Stabilisierung mehrheitlich noch nicht erwartet**

In den vergangenen Monaten haben die europäischen Politiker verschiedene Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht, die für mehr Stabilität im Euro-Raum sorgen sollen. Die Unternehmen sind gefragt worden, ob sie glauben, dass durch die bisher eingeleiteten politischen Maßnahmen die Euro-Zone stabilisiert werden kann. In Tabelle 5 ist zu erkennen, dass die Unternehmen mehrheitlich (61 Prozent) nicht davon ausgehen. Nur 27 Prozent der Unternehmen glauben, dass die bisherigen Maßnahmen für Stabilität im Euro-Raum sorgen werden. Weitere zwölf Prozent der Unternehmen können hierzu keine Einschätzung vornehmen und antworten mit „Weiß nicht“. Die Ergebnisse zeigen, dass die derzeitige Situation in der Euro-Zone mit einer großen Unsicherheit behaftet ist. Fast täglich gibt es neue Meldungen zur Euro-Krise. Zudem weisen die aktuellen Entwicklungen im Euro-Raum eine hohe Komplexität auf. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sechs von zehn Unternehmen glauben, dass weitere Maßnahmen erforderlich sein könnten, um die Euro-Zone zu stabilisieren.

**Tabelle 5: Unternehmen sehen Wirksamkeit der bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen eher skeptisch**

„Glauben Sie, dass durch die eingeleiteten politischen Maßnahmen die Euro-Zone stabilisiert werden kann?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Ja	22,1	28,5	26,2	35,1	43,2	27,3
Nein	60,8	60,4	61,9	50,2	45,1	60,5
Weiß nicht	17,0	11,2	11,9	14,7	11,8	12,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Febr./März 2012, 849 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Im Vergleich nach Unternehmensgröße ist erkennbar, dass große Unternehmen häufiger (43 Prozent) als mittlere (35 Prozent) und kleine Unternehmen (26 Prozent) davon ausgehen, dass die eingeleiteten Maßnahmen für Stabilität im Euro-Raum sorgen können (Tabelle 5). Bei den großen Unternehmen mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz ist das Verhältnis von optimistischen und pessimistischen Einschätzungen fast ausgeglichen: Rund 43 Prozent antworten mit „Ja“, während 45 Prozent „Nein“ angeben.

Im Branchenvergleich zeigen Dienstleister ein höheres Vertrauen in die Wirksamkeit des Krisenmanagements als Industrieunternehmen: Während 29 Prozent der Dienstleister glauben, dass die bisherigen Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Euro-Zone führen können, trifft dies nur auf 22 Prozent der Industrieunternehmen zu (Tabelle 5).

## **Über das IW-Unternehmervotum**

Für das IW-Unternehmervotum werden vier Mal im Jahr Entscheider der deutschen Wirtschaft zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen befragt. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Befragung wird über das Internet durchgeführt.

Die Online-Befragung für das vorliegende Votum fand vom 21. Februar bis zum 2. März 2012 statt. Insgesamt haben sich 849 Unternehmen beteiligt. Angeschrieben wurden hierfür Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen). Die Angaben wurden anhand der Anzahl der Unternehmen im Unternehmensregister für Deutschland hochgerechnet.